

Antrag

Initiator*innen: Bundesvorstand (dort beschlossen am: 02.05.2025)

Titel: Zukunft mit links – Schluss mit der schwarz-roten Nullrunde für Studis!

Antragstext

Die neue schwarz-rote Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD steht für einen Kurs der sozialen und politischen Rückschritte – und damit gegen die Interessen der jungen Generation. Unter dem Deckmantel von „Verantwortung“ und Stabilität bereitet dieses Bündnis einen sozialen Kahlschlag vor, der auch Studierende trifft. Die anvisierten Vorhaben der Koalition um Merz gefährden akut studentische Lebensrealitäten, Bildungsinvestitionen, soziale Infrastruktur und konsequenten Klimaschutz.

Strukturelle Unterfinanzierung von Hochschulen

Hochschulen werden strukturell unterfinanziert, was sich in der Einstampfung von Studiengängen, mangelhafter Ausstattung, prekären Arbeitsbedingungen insbesondere auf Ebene der wissenschaftlichen Mitarbeitenden und studentischen Hilfskräften sowie vielem mehr niederschlägt. Diese Politik ignoriert die Realität junger Menschen und verstärkt das Gefühl politischer Entfremdung.

Insbesondere die rechten Kürzungspläne in den Landeshaushalten – aktuell besonders in Brandenburg und Sachsen – öffnen rechtsextremen Kräften Tür und Tor, um gezielt Einfluss auf Wissenschaftsfreiheit und Bildungszugang zu nehmen und die offene, freie Hochschullandschaft nachhaltig zu gefährden.

Campusgrün stellt sich dieser Politik entschlossen entgegen. **Eine Zukunft gibt es nur mit uns**, mit Investitionen in Bildung, soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz – nicht mit dem Rotstift von Union und SPD. Statt Sparpolitik

braucht es eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung sowie faire Arbeitsbedingungen an Hochschulen und einen entschlossenen Kampf gegen prekäre Beschäftigung. Zudem müssen die Studierendenwerke auf Landesebene angemessen ausfinanziert werden, um eine bedarfsgerechte Unterstützung für Studierende gewährleisten zu können.

Wir plädieren für eine stabile demokratische Finanzierung der Hochschulen, insbesondere durch Bundesmittel, um rechtsextreme Einflussnahme mittelbar durch Landesparlamente an Hochschulen zu verhindern.

Studieren am Limit - Zeit für echte Entlastung statt leerer Versprechen

Studierende befinden sich in einer prekären Lage. Wohnraum in Universitätsstädten ist knapp und teuer, psychische Belastungen nehmen drastisch zu und die soziale Ungleichheit im Studium verschärft sich. Doch statt entschlossen entgegenzusteuern, verschärft **Schwarz-Rot den unsolidarischen Status Quo nochmals und riskiert so das Wohlergehen einer ganzen Generation Studierender**. Ein „Bau-Turbo“ für Wohnheime und Unigebäude ist jetzt durch das Sondervermögen Infrastruktur möglich - es muss nur umgesetzt werden. Mit Blick auf die Prioritäten der Koalition um Merz, die gerade nicht den sozialen Wohnungsbau und den Bildungsinfrastruktur in den Vordergrund stellt, gehen wir Studierende vermutlich wieder leer aus.

Die im Koalitionsvertrag angekündigten Maßnahmen im Bereich der BAföG-Reform sind zwar ein erster Schritt, greifen aber viel zu kurz und stehen unter Finanzierungsvorbehalt – de facto ein wertloses Versprechen. Die Summe der zum Wintersemester 2026/27 einmalig angekündigten Erhöhung der Wohnkostenpauschale liegt weiter unter der durchschnittlichen Miete für ein WG-Zimmer in den größeren Universitätsstädten – **ein Tröpfchen auf den heißen Stein!** **Die Erhöhung ist zu niedrig, nicht angepasst an die tatsächlichen Wohnkosten und kommt deutlich zu spät. Sie lässt eine ganze Generation an Studierenden im Regen stehen und ist Ausdruck politischer Visionslosigkeit. Schwarz-Rot fordert "BAföG statt Bürgergeld" und spielt so arm gegen ärmer aus – in der Realität vernachlässigen sie beide Gruppen.**

Besonders alarmierend ist die Ignoranz gegenüber der **psychischen Gesundheit** von Studierenden. Studien zeigen seit Jahren einen drastischen Anstieg psychischer Belastungen: Etwa jede:r fünfte Studierende kämpft mit Depressionen, Angststörungen oder psychischem Druck. Notwendige Mittel für psychologische Beratungsstellen, Präventionsangebote oder schlicht eine spürbare Entlastung durch bessere Studienbedingungen fehlen.

Campusgrün fordert daher die sofortige Aktivierung des Sondervermögens „Infrastruktur“ für einen **echten „Bau-Turbo“**, der gezielt in studentischen Wohnraum und sanierungsbedürftige Hochschulgebäude investiert. Dafür braucht es klare gesetzliche Vorgaben zur Zweckbindung der Mittel sowie eine Priorisierung des sozialen Wohnungsbaus statt Symbolpolitik der CDU/CSU-geführten Koalition.

Campusgrün drängt auf eine **grundlegende BAföG-Reform**, die das BAföG endlich elternunabhängig, bedarfsgerecht und krisenfest macht. Die Wohnkostenpauschale muss sich an ortsüblichen Vergleichsmieten orientieren. Beides muss jährlich dynamisch angepasst werden – dauerhaft und nicht als Einzelmaßnahmen. Derzeit haben Studierende keinen Anspruch auf das Existenzminimum. Das führt dazu, dass BAföG-beziehende Arbeiter*innenkinder das Studium im Zweifel abbrechen müssen, weil ihr Einkommen zum Leben nicht reicht. Das verfassungsmäßig garantierte Existenzminimum muss daher auch für Studierende gelten.

Die im Koalitionsvertrag versprochene Bindung des BAföG-Satzes an das Grundsicherungsniveau darf nur ein erster Schritt in eine tatsächlich armutsfeste garantierte Ausbildungsförderung sein. Merz' Parole, wonach "BAföG statt Bürgergeld" erhöht werden solle, verheißt nichts Gutes. Studierende müssen sich daher mit Erwerbslosen solidarisieren und gemeinsam für die Verbesserung der Lebensverhältnisse kämpfen.

Ein Studienabschluss muss für alle Menschen jeglicher sozialen Herkunft offen sein und darf nicht das Privileg der reichen Oberschicht sein.

Wir betonen die Notwendigkeit einer **strukturell und dauerhaft finanzierten** psychologischen Beratungsstelle an Hochschulen inklusive des Ausbaus von Präventionsprogrammen und niedrigschwelligen Angeboten. Diese Investitionen dürfen aber nicht zulasten der Studierenden in Form einer Erhöhung der Semesterbeiträge führen - vielmehr sind hier Bund und Länder in der Pflicht, entsprechende Vorhaben über besser ausgestattete Studierendenwerke zu fördern. Gleichzeitig halten wir eine **Entzerrung des Studienalltags** durch bessere Studienbedingungen beispielsweise durch mehr Flexibilität, weniger Leistungsdruck, eine Entbürokratisierung des Prüfungswesens sowie unbegrenzte Prüfungsversuche für notwendig.

Klimapolitischer Rückschritt

Minimalismus ist ein aufstrebender Trend - und wird im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD beim Klimaschutz vollumfänglich gelebt.

Hochschulen tragen als Orte der Bildung, Forschung und Innovation eine besondere

Verantwortung im Kampf gegen die Klimakrise. Sie sind neben Wissensträgern und Ausbildungsorten auch gesellschaftliche Vorbilder. Wenn sie die Klimaneutralität anstreben, senden sie ein starkes gesellschaftliches Signal und fördern nachhaltiges Denken bei allen Studierenden. Durch eigene Klimaschutzmaßnahmen werden Hochschulen zu Reallaboren für praxisnahe Forschung und interdisziplinäre Lösungsansätze – ein zentraler Beitrag zur technologischen und sozialen Transformation. Die Transformationsprozesse auch an den Hochschulen erfordern eine finanzielle Unterstützung, die weder in den Landeshaushalten noch den Bundeshaushalten ausreichend abgebildet ist.

Auch in Koalitionen mit bündnisgrüner Beteiligung hat die Transformation der Hochschulen hin zur Klimaneutralität nicht in genügendem Maße stattgefunden. Deshalb braucht es neben dem Einsatz für eine breite gesellschaftliche Mehrheit zu diesem Thema auch ausreichend Druck auf politische Verantwortungsträger*innen.

Campusgrün fordert die Einführung eines bundesweiten Klimafonds für Hochschulen, mit dem gezielt Investitionen in Energieeffizienz, Gebäudesanierung, nachhaltige Mobilität und erneuerbare Energien gefördert werden. Die Mittel aus dem Sondervermögen „Klima und Transformation“ müssen auch für Bildungsinstitutionen geöffnet und langfristig abgesichert werden.

Campusgrün ruft die Hochschulleitungen auf, ihre **Selbstverwaltungshoheit strategisch für Klimaneutralität zu nutzen**: durch eigene Nachhaltigkeitsstrategien, Klimabeauftragte, CO₂-Bilanzen, transparente Zielvorgaben sowie konkrete Maßnahmen auf dem Weg zu Netto-Null-Emissionen. Wir werden dabei weiter Druck machen – in Senaten, Räten und Parlamenten, Ästen und weiteren Gremien.

Um Studierende sowohl im Hörsaal als auch am Campus für Klimaschutz zu sensibilisieren, solidarisiert sich Campusgrün mit Students for Future und der Public Climate School. Wir werden durch die Mitgliedsgruppen vor Ort dafür kämpfen, dass unsere Hochschulen Vorreiter beim Klimaschutz werden.

Den Osten fest im Blick behalten

Ein besonderer Blick gilt Ostdeutschland. In keinem Teil des Landes sind die Auswirkungen von sozialer Schieflage und politischem Vertrauensverlust so spürbar wie hier. Jahre der ungleichen Ressourcenverteilung haben dazu geführt, dass viele ostdeutsche Regionen strukturell benachteiligt sind – geringere Löhne, weniger Studienplätze und Forschungsinstitute, Abwanderung junger Talente und eine besorgniserregende Perspektivlosigkeit. Diese Probleme erfordern eine

Regierung, die entschlossen für **gleichwertige Lebensverhältnisse** eintritt - auf Bundes- und Landesebene.

In Ostdeutschland wächst der Unmut. Die letzten Bundestagswahlen haben gezeigt, dass der rechtsextreme politische Rand Zulauf bekommt. In der Altersgruppe der Erstwähler:innen und Studierenden ist dieser Trend besonders deutlich: 18- bis 24-Jährige haben bei der Bundestagswahl 2025 verstärkt im Osten die AfD gewählt – ein erschreckendes Zeichen dafür, dass die demokratischen Parteien das Vertrauen der Jugend verspielen. Der sich langsam **auch an Universitäten etablierende Rechtsruck** bereitet uns große Sorgen.. Neben Burschenschaften gründen sich erste rechte Hochschulgruppen und versuchen, ihre Themen an der Universität zu bespielen.

Campusgrün fordert endlich einen klaren politischen Fokus auf Ostdeutschland und nicht zuletzt gute Bildung vor Ort. Dafür braucht es gezielte Bundesmittel für den Hochschulbau und die Sanierung ostdeutscher Standorte, für Forschungseinrichtungen in der Fläche sowie für Förderprogramme, die ostdeutsche Perspektiven in Wissenschaft, Verwaltung und Politik sichtbar machen. Ostdeutsche müssen in Ministerien, Bundesbehörden, Hochschulleitungen und auf Professuren angemessen vertreten sein. Und wir fordern: eine unmissverständliche, gemeinsame Haltung aller demokratischen Parteien, aller Hochschulgremien und aller Institutionen der Hochschule gegen jede Form von Rechtsradikalismus und Menschenfeindlichkeit. Kein Hochschulstandort darf **Opfer von Sparmaßnahmen** werden, besonders im Osten. Bibliotheken, Mensen und Institute müssen erhalten und ausgebaut werden. **Bildungseinrichtungen in Ostdeutschland brauchen gezielte Förderung statt weiterer Kürzungen**, um Abwanderung und Perspektivlosigkeit zu stoppen.

Campusgrün solidarisiert sich ausdrücklich mit den Studierenden und jungen Menschen in Ostdeutschland, die oft doppelt kämpfen müssen – gegen materielle Benachteiligung und gegen rechte Stimmungsmache. An den Universitäten dürfen wir kein Klima dulden, in dem rechtes Gedankengut salonfähig wird. Campusgrün wird verstärkt Projekte politischer Bildung und Antidiskriminierung in Ostdeutschland unterstützen, Bündnisse mit progressiven Initiativen vor Ort eingehen und sicherstellen, dass **der Kampf gegen Rechts im Osten sichtbar und hörbar bleibt**

und die Interessen von marginalisierten Menschen tatsächlich repräsentiert werden. Alle Mitgliedsgruppen des Campusgrün-Bundesverbands stehen voll hinter den ostdeutschen Hochschulgruppen. Wir unterstützen sie als Bundesverband finanziell, solidarisieren uns inhaltlich mit den ostdeutschen Mitgliedsgruppen und führen gemeinsame politische Kampagnen durch, um die ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen vor Ort zu bekämpfen und demokratische Werte zu stärken.

Campusgrün als progressive Kraft in der Zukunft

In dieser schwierigen Lage kommt Campusgrün eine entscheidende Rolle zu. Wir verstehen uns als **progressive Stimme im Hochschulbereich** – und diese Stimme werden wir weiterhin laut erheben. Während die Bündnisgrünen auf Bundesebene in der parlamentarischen Opposition sind, sind wir vor Ort oft die stärkste Kraft in den Studierendenparlamenten und stellen die ASten, Senator:innen und viele weitere Positionen. Campusgrün wird die Hochschulen im ganzen Land mobilisieren: Wir werden Protestaktionen gegen Bildungs- und Sozialkürzungen anstoßen, studentische Vollversammlungen und Bündnisse organisieren und Druck auf Hochschulleitungen ausüben, sich klar gegen den Sparkurs aus Berlin zu positionieren. Wenn Bibliotheksetats gekürzt oder Mensapreise erhöht werden, werden wir das nicht still hinnehmen, sondern öffentlich politisieren.

Campusgrün ist die Stimme grün-alternativer Hochschulgruppen auf **Bundesebene** und wird innerhalb der grünen Familie konsequent soziale Gerechtigkeit und Solidarität einfordern – im engen Austausch mit Grüner Jugend, Bündnis 90/Die Grünen, dem freien Zusammenschluss von Student*innenschaften und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen. Als **progressiver Impulsgeber gegenüber der Grünen Partei** werden wir klare Forderungen stellen: Die grüne Opposition muss die Anliegen der Studierenden aufgreifen – von der BAföG-Reform über bezahlbares Wohnen bis zur psychischen Gesundheit. Campusgrün wird entsprechende Anträge und Initiativen einbringen, sei es auf Parteitagen oder in Gesprächen mit Grünen-Abgeordneten. Unsere Botschaft: Die Bündnisgrüne Partei darf die junge Generation nicht enttäuschen, sie muss uns aktiv vertreten!

Campusgrün fordert von Bündnis 90/Die Grünen eine starke, progressive Oppositionsarbeit im Bundestag – mit klarer Haltung für soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Bildung. Gerade aus Hochschulperspektive ist entscheidend, dass Kürzungen im Bildungsbereich konsequent kritisiert und mutige Alternativen wie eine echte BAföG-Reform eingebracht werden. Wir erwarten, dass sich die Bündnisgrünen sichtbar an Protesten beteiligen und eigene Akzente setzen – für Studierende, für den Osten, für eine lebenswerte Zukunft. Als Campusgrün begleiten wir diesen Kurs konstruktiv-kritisch, unterstützend, wo er überzeugt – und deutlich, wo er zu zaghaft bleibt.

Begründung

erfolgt mündlich